„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochsausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Schicksalsstunde des britischen Reiches

„England hat keine großen Staatsmänner mehr", dieses Wort eines englischen Militärs zu einem deutschen Diplomaten bald nach dem Anschluß der Versailler „Friedensverhandlungen" wird immer mehr zur Wahrheit. Denn was hat England durch die völlige Vernichtung und gänzliche Wehrlosmachung des deutschen Volkes anderes erreicht, als daß Frankreich heute am Rhein steht, daß Frankreich ein derartiges militärisches und machtpolitisches Uebergewicht sich auf dem europäischen Kontinent hat aneignen können, wie England es nie bisher erlebt, und wie es durch seine bekannt geschickt betriebene Politik des europäischen Gleichgewichts auch immer zu verhindern verstanden hatte. Wenn England vielleicht meinte, auf diesen Grundsatz seiner Politik, die es seit den Zeiten Elisabeths befolgt hatte, und dem es seine Größe verdankt, jetzt im Zeitalter der Weltpolitik verzichten zu können, so hat sich gerade das als ein schwerer Irrtum erwiesen. Gewiß handelt es sich heute für die Londoner Politik nicht mehr wie früher in erster Linie um eine europäische Orientierung, sondern aus England ist heute das britische Weltreich geworden und seine Sicherheit verlangt die volle Aufmerksamkeit der Londoner Diplomatie, und hat für diese bei allen ihren politischen Berechnungen voranzustehen. Aber wie England ohne Rücksicht auf Europa früher nicht Weltpolitik treiben konnte, so kann es das britische Weltreich jetzt noch um so weniger.

Die europäische Gebundenheit des britischen Weltreiches ist nicht beseitigt, die Londoner Politik kann weltpolitisch sich nicht frei betätigen, solange sich das englische Mutterland durch eine europäische Kontinentalmacht bedroht fühlen muß. Denn auch das Mittel hat versagt, das die Londoner Politiker nach dem Weltkrieg erdachten, um die Abhängigkeit der britischen Sicherheit von der des englischen Mutterlandes zu lösen, der Völkerbund. War dieser Völkerbund von Lloyd George und den anderen dazu ausersehen, Europa in englische Hände zu spielen, mit seiner Hilfe auf dem europäischen Kontinent eine Mächtekonstellation zu schaffen, wie sie den jeweiligen britischen Reichsinteressen entsprach, so hat sich gerade dieses Instrument zu einem solchen französischer Machtpolitik entwickelt. Denn überblicken wir die bisherigen Leistungen der Völkerbundspolitik, so haben diese ausnahmslos im Dienste Frankreichs gestanden. Es ist daher gleich, ob wir dabei an Oberschlesien, Ruhr, Rhein, Saar, Memelland, Danzig denken. Immer und überall hat England in solchen Fragen im Völkerbunde vor Frankreich zurückweichen müssen, ja es hat sich sogar, wie das die Kölner Räumungsfrage beweist, gegen seinen besseren Willen und auch gegen sein besseres Wissen zum Bruch der Versailler Bestimmungen zwingen lassen. Möglich aber ist das alles nur gewesen, weil die englische Politik durch das auch von ihr mitverbrochene Versailler Diktat auf einen Irrweg geraten ist, aus dem schwer ein Herausfinden ist. Jedenfalls bedarf es dazu ganz anderer Persönlichkeiten, als sie London gegenwärtig aufzuweisen hat, und am allerwenigsten erscheint Chamberlain mit seiner Voreingenommenheit für die Erhaltung der Entente mit Frankreich dafür geeignet, der englischen Politik die Wege zur Freiheit und Selbstbestimmung zu weisen.

Sind wir uns nun über diesen Hintergrund klar, vor dem seit einigen Monaten die Herren Briand und Chamberlain ihren Eiertanz um das deutsche Sicherheitsangebot aufführen, so haben wir allen Anlaß, mit einer genügenden Dosis Mißtrauen dem Ende dieser Vorführungen entgegenzusehen. Sollen sich überhaupt noch einige Aussichten auf ein Ergebnis dieser Verhandlungen eröffnen, so kann das von deutscher Seite nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung fest und eindeutig zu dem Angebot steht, daß kein Zweifel darüber gelassen wird, besonders London gegenüber, welches Maximum dieses Angebot für Deutschland bedeutet und welches Minimum an Sicherheit von Frankreich eigentlich dadurch erkauft wird. Nur so ist zu hoffen, daß die Wucht der Stimmen gestärkt werden, die sich sowohl in der englischen Presse wie in der gesamten englischen öffentlichen Meinung mehren und die verraten, wie sehr man doch anfängt, für das englische Prestige zu fürchten, wie stark man die lächerliche Lage empfindet, in die Chamberlain England dadurch gebracht hat, daß er sich bereit finden ließ, die Nichträumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes in engsten Zusammenhang mit der deutschen Abrüstungsfrage zu bringen. Die Entscheidung ob ein Sicherheitspakt zustande kommt, der Europa die Gewähr eines wirklichen Friedens gibt, liegt nicht beim deutschen Volk, sondern bei England. Die Zeiten, in denen zwischen britischen Reichsinteressen und französischer Machtpolitik in Europa ein Kuhhandel auf deutsche Kosten erfolgreich durchgeführt werden konnte, sind vorüber, denn Deutschland ist trotz allem doch wieder zu einem außenpolitischen Faktor geworden, mit dem gerechnet werden muß. Ein Sicherheitspakt ohne Deutschland bleibt ein Pakt gegen Deutschland, und der Friede Europas wird dann weiter gestört sein. Die Folgen aber davon wird nicht nur Deutschland, sondern auch England zu spüren haben.

Es ist vielleicht für lange Zeit der letzte Augenblick gekommen, wo England sich von den für die Sicherheit seines britischen Weltreiches schwerwiegenden Folgen des Versailler Diktats befreien kann. Das mag man in London wohl bedenken.

— Warum nach der lauten Freude des lärmenden Alltags rufen? Ist dir der Gedanke der Unendlichkeit nichts, der in der Sommernacht aus klaren Sternen spricht? Ist dir der Hauch der Ewigkeit, wie er sich mitteilt beim stillen Gang durch Wald und Feld, kein Freudgefühl? Die Wolke dort, die durch den Aether schwebt, trägt für dich so viel an Freude, wenn — du willst!

Völkerbundsrat und Minderheitsklagen

Man schreibt dem Deutschen Auslandinstitut in Stuttgart von besonderer Seite:

„Abgesehen von dem eigentümlichen Verfahren, das vom Generalsekretariat und dem Rat des Völkerbundes in Minderheitsklagen eingeschlagen wird, und das in seiner juristischen Unzulänglichkeit und Unfairheit für die Minderheiten bereits in geradezu verblüffender Weise bloßgestellt worden ist, leitet sich der Mißerfolg dieser Beschwerden auch aus der schiefen Ebene her, auf der das Minderheitsrecht völkerrechtlich begründet worden ist. Die wiederholten Anträge, die Verpflichtungen in den vom Völkerbund mit einigen Staaten abgeschlossenen Minderheitsverträgen auf alle Mitgliedsstaaten auszudehnen, sind im Völkerbunde nicht durchgedrungen, trotzdem dieser Zustand dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Mitgliedsstaaten vor dem Völkerbund offenbar widerspricht. Der Grund, weswegen die allgemeine Anerkennung der Minderheitsrechte sich im Völkerbund bloß in frommen Wünschen von der Rednertribüne der Vollversammlungen des Bundes herab, nicht aber in formellen Verpflichtungen geäußert hat, wirft ein grelles Licht auf die Staaten, die sich nicht den Minderheitsrechten gegenüber verpflichten wollen. Von den zehn Gliedern des Völkerbundsrats, an den die Minderheitsklagen zu richten sind, ist nur ein einziger Vertreter eines Staates, der einen Minderheitsvertrag abgeschlossen hat, die Tschechoslowakei; und selbst dieser Staat ist kaum als Enthusiast für Minderheitsrechte anzusehen. Er gehört zu den Nachfolgestaaten, denen Minderheitsverträge und Minderheitsdeklarationen vom Völkerbunde aufgedrungen worden sind, als Vorbedingung zu ihrer Anerkennung durch den Bund. Es ergibt sich daraus im Völkerbundsrat eine Atmosphäre, die den klageführenden Minderheiten von Hause aus und grundsätzlich ungünstig ist. Man hat wohl den Nachfolgestaaten die Minderheitsrechte aufgezwungen, um das Aushängeschild eines nationalen „fairplay" zu zeigen; aber ein anderes ist es, ob man den berechtigten Aussprüchen der Minderheiten auch Aufwasser geben und sie praktisch unterstützen will.

Solcherart stoßen die Minderheitsklagen im Völkerbundsrat auf ein Forum, das vor ihnen im Geheimen spricht: „Die ich rief, die Geister ..." Abwiegeln, abwiegeln! das ist die Losung, die im Völkerbundsrat die Minderheitsklagen in ihrer erdrückenden Mehrheit von vornherein aussichtslos macht. Läßt sich etwa annehmen, daß der Spanier im Völkerbundsrat seinen katalonischen Minderheiten, die nach Minderheitsrechten dürsten, oder daß der faschistische Italiener seinen entrechteten Südtirolern, oder daß der Franzose seinen deutschen Minderheiten im Elsaß, oder daß der Engländer, dem die Schweißtropfen auf der Stirn stehen beim Gedanken an die Selbstbestimmungsgelüste seiner vielen Fremdvölker, den Minderheitsklagen irgend eine sympathische Seite abgewinnen könnten? Alle diese Herren zittern in ihren Stiefeln bei dem Gedanken, daß aus etwaigen Niederlagen des Völkerbundsrats zugunsten von Minderheiten es ihnen selbst „in die Bude lecken" könnte.

Es muß daher festgestellt werden, daß die Behandlung der Minderheitsklagen im Völkerbund einer Reform bedarf, die imstande wäre, die Minderheiten davon zu überzeugen, daß man es mit ihnen ehrlich meint."

Weltumschau

Deutschland

Als Preis für Deutschlands Zustimmung zu einem europäischen Sicherheitsvertrag fordert die Berliner Regierung die Beendigung der alliierten Aufsicht über die deutsche Bewaffnung. Deutschland muß schon deshalb seine vollständige Freiheit erhalten, weil es unmöglich ist, 65 Millionen Deutsche in Knechtschaft zu belassen. Könnte Frankreich Deutschland dauernd entwaffnet halten, so wäre die europäische Frage leicht zu lösen. Aber dazu ist Frankreich nicht fähig und die andern größeren Mächte von Europa liegen nicht ewig bei Frankreich. Seit dem Ende des Krieges enthielten sich die Alliierten einer Erwägung der Tatsache, daß Deutschland früher oder später die volle Kontrolle über seine eigenen Rüstungen zurückbekommen muß. Die gesamte alliierte Diplomatie stützte sich unter französischem Einfluß auf die Annahme, daß die Deutschen in Unterwerfung gehalten werden können. Allein jetzt erhebt Deutschland selbst die Frage und sie bleibt bis zur Erreichung einer dauernden Regelung im Vordergrund. Wenn Deutschland wieder ein Heer ausrüsten kann, so werden die Machtverhältnisse in Europa über Nacht geändert. Polen und Tschechoslowakien, heute die Verbündeten von Frankreich, müssen ihre internationale Stellung in neue Erwägung ziehen. Der Weltkrieg hat gezeigt, wie wirksam und unwiderstehlich das deutsche Heer gegen osteuropäische Gegner vorzugehen vermag. Nach Wiederherstellung der militärischen Leistungsfähigkeit von Deutschland wären Polen und die Tschechei der Gnade der Deutschen überliefert. Polen besonders wäre völlig hilflos, falls Deutschland ein Offensivbündnis mit Rußland schließt. Die Tschechen erkannten diese Lage besser als die Polen, denn ihre Staatslenker gehören zu den schlauesten von Europa. Frankreich versucht Deutschlands Befreiung von militärischer Kontrolle so lange als möglich zu verschieben. Allein Frankreich ist in ungünstiger Lage, weil Deutschland seine Befreiung von der Entwaffnung mit den Verhandlungen über einen Sicherheitspakt verquickt hat.

Zwanzig Beamte der Sicherheitspolizei entfernten eine Anzahl widerspenstiger Kommunisten aus der Sitzung des Reichstags, wo sie die Debatte über das Zollprogramm der Regierung zu hindern suchten. Sobald einer der Kommunisten entfernt war, sprang ein Nachfolger in die Bresche und störte die Verhandlungen. Vizepräsident Graef schloß fünf der lautesten Schreier für acht Tage bis drei Wochen von weiteren Sitzungen aus. Die gemaßregelten Mitglieder weigerten sich, den Saal freiwillig zu verlassen. Graef mußte eine Abteilung der Sicherheitspolizei rufen, welche die widerspenstigen Kommunisten aus dem Saal schleppte. Die Polizisten schlugen zugleich andere Kommunisten zurück, die sich einmengen wollten. Nach Wiederherstellung der Ruhe teilte Graef dem Führer der Kommunisten mit, daß er die gesamte Reichstagsvertretung der Partei aus dem Saale hinauswerfen lasse, wenn weitere Ausschreitungen vorkommen.

Der Reichstag genehmigte den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag, der sich auf den Grundsatz der Meistbegünstigten Nation stützt. Auch die heftig umstrittene Zollvorlage nahm der Reichstag an. Anfangs zeigte sich Widerstand gegen den Handelsvertrag, die Regierung vermochte ihn jedoch zu überwinden. Gegen die Zollvorlage war seit vielen Wochen Obstruktion getrieben worden. Kommunisten und Sozialisten stellten Verteuerung der Lebenskosten durch die Vorlage in Aussicht, indem den Großgrundbesitzern weiterer Schutz gewährt wird.

Nach Angabe der Regierung haben entgegen einer amtlichen Mitteilung von Polen, die meisten Deutschen, die für deutsche Staatszugehörigkeit gestimmt, Polen verlassen. Die Zahl beträgt 17,000 aus 20,000. Von 15,000 Polen, die polnische Nationalität gewählt, sind dagegen noch 11,000 in Deutschland. Die deutsche Regierung schlägt abermals vor, daß beide Länder sich einer Ausweisung von Bürgern des anderen Landes enthalten, die am 1. November 1925 oder am 1. Juli 1926 abreisen müssen. Die Verantwortung für etwaige gewaltsame Maßnahmen fällt auf Polen.

Freunde des verstorbenen Hugo Stinnes sind entrüstet über die rücksichtslose Weise, in welcher eine Gruppe von Banken über die besten Industrieaktien der Familie Stinnes verfügt. Verschiedene sollen um erheblich weniger verkauft worden sein als zu den laufenden Börsensätzen. Wenn die Banken ihre Haltung nicht ändern, so will die Stinnes-Organisation einen Bankerott erklären oder gerichtliche Ansicht über die Liquidation verlangen. Der Stinnes-Konzern war unlängst außerstande, eine große Menge kurzfristiger Kredite zu decken. Der Familienrat erklärte sich darauf bereit, einer Gruppe von Banken, darunter Diskonto Gesellschaft, Deutsche Bank und Darmstädter Nationalbank, die erforderlichen Vollmachten zu erteilen. Die Voraussetzung war, daß dabei die Interessen der Familie gewahrt würden. Wie nun versichert wird, wurden während der Liquidation weder Frau Hugo Stinnes noch der 27 Jahre alte Sohn Hugo zu Rate gezogen. Große Mengen der wertvollsten Industriepapiere, welche den Kernpunkt des Stinnes-Vermögens bildeten, wurden in dem allgemeinen Ansturm verschleudert, der in Börsenkreisen als das Nagen an den Knochen von Hugo Stinnes bekannt ist. „Die Banken brachten Stinnes zur Strecke, aber erst, nachdem er tot war", bemerkte ein Freund des ehemaligen Industriemagnaten.

Oesterreich

Durch die ausgezeichnete schiedsrichterliche Entscheidung des amerikanischen Gesandten in Oesterreich, Albert H. Washburn, der einer im Februar 1928 abgehaltenen Schiedsrichterkonferenz vorsaß, um Schwierigkeiten zwischen Jugoslawien und Oesterreich, Handelsverträge betreffend, zu beseitigen, ist nun der Weg zum Abschluß formeller Handelsverträge zwischen den beiden Regierungen geebnet. Die österreichische Regierung erließ eine diesbezügliche Bekanntmachung und drückte über die Entscheidung Herrn Washburns ihre Genugtuung aus; sie lobt darin die hervorragende juristische Fähigkeit des amerikanischen Gesandten.

Polen

In Lemberg wurde auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude der Agent der Warschauer politischen Polizei: Stanislaus Cechowski, von einem jugendlichen Kommunisten namens Botwin erschossen. Der Mord geschah auf Befehl der Kommunistischen Partei.

Rußland.

Leon Trotzki hielt in Moskau vor der deutscher Arbeiterabordnung eine Rede über die Konzessionspolitik der Räterepublik in der er unter anderm erklärte, infolge der abwartenden Haltung der ausländischen Kapitalistengruppen sei die wirtschaftliche Bedeutung der Konzessionen im Rahmen der Rätewirtschaft verhältnismäßig gering. Die Erfolge des raschen wirtschaftlichen Aufbaues veranlaßten die Räteregierung keinesfalls dazu, die Bedeutung der Konzessionen zu unterstützen, vielmehr bei die Regierung gerade in Anbetracht dieser wirtschaftlichen Erstarkung zu einer weitgehenden Herziehung vom Auslandskapital geneigt. Sie erwartet davon eine Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung der Räteunion. Die Konzessionen im Lenagebiet und die Harriman-Konzessionen dürften eine neue Zeit lebhafterer Konzessionspolitik eröffnen. Möchten die Ausländer, welche Konzessionen erhalten, wollen, bedenken, daß die Bedingungen um so günstiger sein würden, je früher sie sich darum bemühten. Allerdings werden die Konzessionsbetriebe in der Gesamtheit der Rätewirtschaft niemals eine Hauptrolle spielen, sondern stets eine untergeordnete Stellung einnehmen.

Das Mitglied des Kollegiums des russischer Volkskommissariats für Außenhandel, Karl Begge, wurde zum Handelsvertreter der Räte-Union in Deutschland ernannt.

Die Konzession der Lena-Goldfelder, die im Mai einem englisch-amerikanischen Syndikat verleihung bewilligt war, wurde vom Rat der Kommissare genehmigt. Dies ist die größte Konzession, welche die Sowjet bisher vergab. Der Schätzung nach enthalten die Lena Goldfelder in Sibirien Gold im Wert von mehr als hundert Millionen Dollars.

Großbritannien

Die Minister Briand und Chamberlain sind über die Antwort an Deutschland hinsichtlich des vorgeschlagenen Sicherheitsvertrages zu einem „vollständigen Einvernehmen" gelangt. Die Besprechungen zwischen den Herren Briand und Chamberlain, heißt es in dieser Mitteilung, führten zu einem völligen Einverständnis über die Bedingungen der Antwort, welche die französische Regierung im Einvernehmen mit den alliierten Mächten zur Erwiderung der neuesten Note vom Deutschen Reich absenden wird. Amtliche Kreise glauben, daß in Kürzem eine Konferenz stattfinden wird, an welcher sich alle interessierten Nationen direkt beteiligen können.

Mit der Vertagung des englischen Parlaments und den Ferien für viele Mitglieder des Kabinetts dürfte die Kritik, die in der Regierung wegen ihrer Nachgiebigkeit in der Kohlenkrisis geübt wird, keineswegs verstummen. Ein hervorragender Konservativer klagt die Regierung an, sie habe aus Gründen der Klugheit zu einem Kommunisten-Triumph die Finanzmittel ermöglicht und Premier Baldwin habe sich persönlich und seine Partei aufs Spiel gesetzt. Sekretär A. J. Cook von dem Verband der Bergleute wird von den Bergleuten und den radikalen Laboriten für seine entschlossene Haltung in der Kohlenkrisis als Held des Tages gefeiert. Im Verlauf einer heutigen Rede zu Crook im County Durham erklärte Sekretär Cook, der Sieg der Bergleute wäre der größte Triumph in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Eine Lehre davon sei, daß die Arbeiter nur das erlangen könnten, was zu nehmen, sie stark genug seien. In Verbindung hiermit stellte er eine bedeutsame politische Krisis in den nächsten neun Monaten in Aussicht, als Folge der von der Regierung durchgeführten Kohlensubvention. Hierzu bemerkte ek, Premier Baldwin habe ihm in dem kritischen Stadium der Kohlensituation erklärt: „Ihr habt uns dieses Mal gekriegt, hierfür werden wir aber vorbereitet sein." Gleichzeitig hätte der Schatzamtskanzler Churchill bemerkt: „Bedenke, Cook, dies ist kein Geschenk von uns, doch ist dies billiger als eine Revolution."

Wie Cook sagte, habe er hierauf entgegnet: „Wir wollen keine Revolution. Wir wollen uns nicht gegenseitig vernichten, denn darauf läuft eine Revolution hinaus."

Sollte die Regierungssubvention, wie allgemein erwartet wird, zu einer starken Belebung der Kohlenförderung führen, so dürfte eine starke Konkurrenz zwischen britischer und deutscher Kohle im ausländischen Markt eintreten. Es ist hier bekannt, daß während der Geschäftssperre im Ruhrgebiet die dortigen Zechenbesitzer darauf rechneten, daß es im britischen Bergbau zu einer Einstellung der Forderung kommen werde, wodurch sich für die Ruhr-Bergwerksbesitzer eine Möglichkeit ergeben hätte, ihre großen Kohlenansammlungen loszuschlagen. Dieser eventuelle Wettbewerb mit der deutschen Kohle, der zu einem weiteren Fallen der Kohlenpreise führen dürfte, dient einer Laboriten-Zeitung zum Anlaß, eine internationale Regelung der Kohlenmärkte vielleicht mittelst der Völkerliga in Anregung zu bringen.

In Verbindung mit der Kohlensubvention ist bereits die Forderung laut geworden, die Regierung solle die Experimente in Betreff Gewinnung von Oel aus Kohle in großem Maßstabe finanziell unterstützen, um den Experimenten zu begegnen, die in dieser Hinsicht in Deutschland betrieben werden.

Irland.

Auf eine Anregung, eine öffentliche Sammlung zur Linderung der Not in Clonmel einzuleiten, wo schreckliche Zustände herrschen sollen, erklärte der Bürgermeister der Ortschaft, die Lage habe sich wesentlich gebessert, alle nur möglichen Anstrengungen würden gemacht, um das durch die Beschäftigungslosigkeit heraufbeschworene Elend zu lindern.

Die Nachricht, daß in Clonmel über Kinder dort Hungertod erlitten, hat sich soweit noch nicht bestätigt. Wie erklärt wurde, sind die Zustände in der erwähnten Ortschaft im County Tipperary nicht ernster als sonstwo. Es wird indes zugegeben, daß in diesem wie auch in anderen irischen Orten infolge der Beschäftigungslosigkeit große Armut herrscht.

Auf dem in Dublin abgehaltenen Arbeiterkongreß wurde von verschiedenen Rednern die Zahl der Beschäftigungslosen im nördlichen Ulster mit 60,000 im irischen Freistaat mit 100,000 angegeben eine Zahl, die prozentual einer höher ist als in England. Im Verhältnis zu der Bevölkerung ist die Beschäftigungslosigkeit in Belfast am größten.

Türkei

Schwere Erdbebenstöße wurden im Vilanet Erzurum wahrgenommen. Ein Dorf des Vilanets wurde in Trümmer gelegt und mehrere Dörfer schwer beschädigt. Der Verlust an Menschenleben ist soweit bekannt, unbedeutend. Die Zahl der Verletzten ist jedoch, wie verlautet, groß.

Französische Niederlage in Syrien

Die französischen Verluste bei kürzlichen Kämpfen im Raume von Suediah in Transjordanien gegen die syrischen Rebellen stellten sich auf 200 Tote und 600 Verwundete. Weitere Meldungen aus jenem Gebiet besagen, die Druse-Stämme hätten bei den Kämpfen viel Kriegsmaterial erbeutet. Andere Meldungen aus Amman in Transjordanien bestätigen die Eroberung der Stadt Suediah durch syrische Rebellen. Hierzu wird jetzt weiter berichtet, die Franzosen hätten das südliche Gebiet geräumt, einen Bezirk Syriens, der südlich von Damaskus und östlich vom oberen Jordan liegt. Die Eroberung wurde unter der Führung des Sultans Pascha El Atrasch vollführt. Mehrere Tanks und Maschinengewehre wurden von den Syrern erbeutet und eine Anzahl Flugzeuge heruntergeschossen.

Der französische Außenminister Briand erklärte in Betreff der Kämpfe im Jabel Druz Distrikt, obwohl die Regierung noch keine vollständigen Berichte erhalten habe, scheine es festzustehen, daß eine französische Kolonne von den syrischen Rebellen überrumpelt worden sei. Der Minister bemerkte hierzu, seiner Meinung nach stünden jetzt französischen Kommissar in Syrien General Sarrail hinreichend Truppen zur Verfügung, um der Situation begegnen zu können.

Schwere Sturmschäden in Holland und Norddeutschland

Berichten zufolge wurden in dem Dorf Biruculo im östlichen Holland, nahe der deutschen Grenze vier Personen getötet und ungefähr hundert verwundet. Ein Taifun, der mehrere Minuten dauerte, brach über das Dorf herein. Der Ort ist eine Trümmermasse. Beide Kirchen sind zerstört, kein einziges Haus blieb unbeschädigt. Auch andere Dörfer im östlichen Teil der Provinz Gelderland litten schweren Schaden. Die Verbindung ist unterbrochen und nur wenige Einzelheiten sind daher erhältlich.

Von einem derart heftigen und verhängnisvollen Sturm wurde Holland noch nie zuvor heimgesucht. Während des Orkans stürzte ein Flugzeug auf ein katholisches Asyl, wobei drei Personen ums Leben kamen. Der Mittelpunkt des Sturmes war in Biruculo, ein Ort mit 5000 Einwohnern zweitausend davon sind obdachlos. Der Rest haust in den Trümmern seiner Wohnstätten. Der Bürgermeister von Borculo sagt bei Schilderung des Unheils, er habe das belgische Dorf Lierre während des Krieges nach sieben deutschen Beschießungen gesehen, aber die Lage in Bürcula sei weit schlimmer. Er bat die Regierung um Truppen und Nahrungsmittel. Der Gouverneur der Provinz kam zu Fuß nach Biruculo. Wegen umgestürzter Bäume sind alle Landstraßen für Fahrzeuge unpassierbar.

Der Wirbelsturm, welcher durch das östliche Holland drang, zog bis Norddeutschland.

Westerfen, 15 Meilen nordwestlich von Altona in Schleswig-Holstein, soll fast gänzlich vernichtet sein. Der Sturm drang weiter in die Gegend von Hamburg, Bremen und Lübeck, mit schwerem Eigentumsverlust. Zwei Personen kamen in Neuendeich um, andere Todesfälle sind aber bisher nicht aus Deutschland gemeldet. Verschiedene hundert Menschen wurden jedoch durch einstürzende Trümmer verletzt. Die Zahl der Verletzten in Holland beträgt jetzt 400. Schwerer Schaden ist aus Didam, Dötinghem, Zeeland und anderen Orten berichtet.

— Trauer und Erinnerung an Verlorenes sind Freunde, die wir gern empfangen in stiller Stunde. Wir brauchen sie. Doch wer sie schon in früher Morgenfrunde zu sich lädt, tut fehl. Der Kampf des Tages fordert vorwärtsschauen.

Frankreich.

Der sozialistische Kongreß des Seine-Departements beschloß mit 3650 gegen 414 Stimmen, es abzulehnen, die Regierung Painleves fernerhin zu unterstützen oder seinen Mitgliedern zu gestatten, ein Portefeuille im derzeitigen Ministerium anzunehmen. Auch der Sozialistenkongreß in Clermont-Ferrand nahm eine Entschließung an, die sich gegen einen Eintritt der Sozialisten in das Bourgeoiskabinett ausspricht. Durch ein Bloßes Erheben der Hände wurde auf diesem Kongreß weiter beschlossen, jedes Zusammenarbeiten mit der Regierung Painleves ein für allemal einzustellen. Nachrichten aus anderen Teilen des Landes lauten in ähnlicher Weise. Durch dieses Vorgehen der lokalen Sozialistenkongresse des Landes wird der Linksblock im französischen Parlament, der schon früher vor dem Beginn der parlamentarischen Sommerferien klaffende Risse zeigte, gesprengt.

Marokko.

Eine der Folterungsorten, welchen die aufrührerischen Rif-Stamme ihre Gefangenen unterwerfen, ist Ausdehnung des Magens. Die französischen Flieger suchen darum unter allen Umständen zu verhüten, daß sie lebendig in Gefangenschaft geraten. Die Verluste unter ihnen sind jedoch schwer denn die Rif-Krieger sind treffliche Schützen.

Die Bombenflugzeuge lassen sich bauig bis zu hundert Fuß von der Erde herab, um nach Abwurf einer Bombenladung, Maschinengewehre gegen den Feind zu verwenden. Dadurch bieten sich den Rifschützen gute Gelegenheiten, die sie selten vernachlässigen.

Völkerbund

Das von der Völkerliga eingesetzte Spezialkomitee zwecks Festsetzung der Mosulgrenze, bezüglich welcher zwischen Großbritannien und der Türkei Differenzen bestehen, hat der Liga drei alternative Lösungen vorgeschlagen.

Der erste Vorschlag lautet dahin, daß das strittige Mosulgebiet für ungefähr 25 Jahre ein Mandat der Völkerliga bleibe und daß den Wünschen der Kurden nach Ernennung administrativer Beamten, Richter und Lehrer ihrer eigenen Rasse entsprochen werde, sowie daß die kurdische Sprache die offizielle Sprache dieses Gebietes werden solle.

Die zweite Lösung geht dahin, falls das von der Völkerliga Großbritannien über Irak übertragene Mandat nach vier Jahren, wie im Vertrag von 1922—23 zwischen Großbritannien und Irak vorgesehen, ablaufen sollte und den Kurden unter der Herrschaft von Irak keine Garantien gegeben werden könnten, und falls dann die Majorität der Bevölkerung des strittigen Gebietes die türkische Herrschaft dem arabischen Staate von Irak vorziehen sollte, dann das Gebiet an die Türkei fallen solle.

Die dritte Lösung betreffend, falls der Ligarat, nach Untersuchung der Lage es vorziehen sollte, das Gebiet zu teilen, den Vorschlag des Komitees, den unteren Zabfluß, einen zwischen Mosul und Bagdad in den Tigris mündenden Nebenfluß als Grenzlinie festzulegen.

Im Banat

Von Dr. Paul Roorbach, z. Zt. am Balkan)

Im früher ungarischen Banat, das jetzt zwischen Rumänien und Jugoslavien aufgeteilt ist, liegt Temesvar, mitten in einer reichen Kulturlandschaft, die vor 200 Jahren durch den Fleiß deutscher Kolonisten aus weiten Fiebersümpfen emporstieg. Von Temesvar fährt man, oder vielmehr man fuhr früher, in zwei Stunden mit der Bahn nach Werschetz, das durch zwei Dinge bekannt ist: Es hat den großen Weinbau im Banat, und es ist der Ort, wo vor etwa 20 Jahren das deutsche Schwabentum in Ungarn, das unrettbar aus dem Deutschtum ins Magyarentum hinüber zu gleiten schien, sich auf sich selbst besann, und wo die deutsch-ungarische Bewegung ihren Anfang nahm. Heute ist es eine Freude bei den Deutschen im Banat zu sein, aber es ist das Gegenteil davon, von Temesvar nach Werschetz zu fahren, denn zwischen beiden liegt jetzt die rumänisch-jugoslavische Grenze.

Vier Kilometer vor der Grenze, auf der letzten rumänischen Station, bleibt der Zug stehen. Passagiere und Gepäck werden auf kleine Bauernwagen geladen und rattern über eine früher gut gewesene Chaussee bis zu zwei aus Brettern zusammengeschlagenen Grenzbuden, der rumänischen und der jugoslavischen. Dort Uebergang auf die jenseitigen Bauernwägelchen und zwei Kilometer grundloser Feldweg bis zur jugoslavischen Babuitation, mit Zollrevision und Paßkontrolle. Keine Seele, die etwas anderes spricht als Serbisch; doch ja, bei den Gendarmerie-Posten ist ein junger Mensch, der Russisch spricht. Tscherkesse von Geburt, im Kadettenkorps in Wladikawkas erzogen. Er war bei der Wrangelarmee in Rußland, machte den Rückzug und die Flucht nach Konstantinopel mit und wurde dann auf diesen serbischen Grenzposten verschlagen. Wir sprechen von der Terek-Schlucht und vom Käsbek, und er wandte sich wehmütig ab, der Bergheimat gedenkend. Beiläufig erzählte er mir, daß sein Oberst auch hier beschäftigt sei. „Womit?" „Er ist Holzaufseher". Da kam auch schon ein stattlicher Mann. Militär auf den ersten Blick, in sauberer, aber geflickter Kleidung dazu.

„Sie sprechen Russisch?" „Ja." Ich bat ihn zu erzählen. Seine Beschäftigung ist, das Ueberladen von Holz von der rumänischen auf die jugoslavische Seite zu beaufsichtigen. Die Züge mit Lang- und Brennholz fahren bis an eine Stelle, wo 20 Meter Gleis aufgerissen sind. Balken für Balken, Scheit für Scheit wird ausgeladen, eine Arbeiterkolonne schleppt alles auf den Schultern hinüber, lader wieder auf, und die Fracht geht weiter. Das ist der Zustand auf dieser Grenze bald sieben Jahre nach Beendigung des Krieges, zwischen zwei „befreundeten", ja „verbündeten" Staaten. Rumänien und Jugoslavien sind Mitglieder der kleinen Entente. Einer aber mißtraut dem andern; daher dieser merkwürdige Grenzverkehr. Nachdem Zoll- und Paßrevision beendet ist, bleiben noch vier Stunden bis zum Abgang des Zuges nach Werschetz. Wir waren zu dreien, ein aus dem Banat stammendes altes Ehepaar, vor 25 Jahren nach Amerika ausgewandert, jetzt wohnhaft in Chicago, offenbar in guten Verhältnissen, und ich. Wir akkordierten gemeinsam mit dem serbischen Bauernjungen, der uns durch den Sumpf vom Grenzposten bis zur Station gefahren hatte, für die direkte Fortsetzung nach Werschetz. Er verlangte 150 Dinar, etwa 10 Mark, für die 15 Kilometer und brachte uns mit seinem Mittelkalten und einem prächtigen kleinen Pferd in wenig mehr als einer Stunde hin. Je näher zur Stadt, desto schlechter wurde die Straße. Zuletzt war es nur noch eine Aufeinanderfolge von Chausseetrümmern und Schmutzlöchern. Die beiden schwäbischen Amerikaner, die auf ihre alten Tage ihre Verwandten in der Heimat besuchen wollten, schüttelten immer nur den Kopf. Schließlich, als wir nach Werschetz kamen, sagte der Alte: „Wie prächtig ist man hier vor 25 Jahren gefahren, und was haben die Ratzen (Serben) aus der Straße gemacht!" Ja wenn es nur die Straßen wären!